

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 98/99
Telex: 08 85 846-48 ppbn d



Inhalt

Dr. Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Präsidiums und Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, erinnert an den Militärputsch in Chile vor fünf Jahren.

Seite 1/2

Horst Seefeld MdB/MdEP erläutert die Überlegungen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament zum Verhältnis der EG zu den AKP-Staaten.

Seite 3/4

Paul Neumann MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, weist den Oppositionsvorschlag, Offiziere in Zivilbehörden zu beschäftigen, zurück.

Seite 5

Dr. Rolf Meinecke MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft unterstützt die Forderung der IPU nach mehr Verständnis und Engagement für die Analphabeten in der Welt.

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

33. Jahrgang / 173

8. September 1978

Niederlage für die Demokratie

Zum 5. Jahrestag des Militärputsches in Chile

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Vorsitzender der SPD und der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Mitglied des SPD-Präsidiums

Wo in der Dritten oder Vierten Welt von Sozialismus die Rede ist, geht es meist auch um nationale Unabhängigkeit. Sozialismus bedeutet dann: Kontrolle über die eigenen Bodenschätze, über die eigene Industrie, über weite Flächen des eigenen Landes, die von ausländischen Konzernen in Monokultur bewirtschaftet werden. Weil im Begriff des Sozialismus der Wunsch mitschwingt, endlich Herr im eigenen Hause zu sein, gibt es wenige Länder in der südlichen Erdhälfte, in denen Sozialismus nicht proklamiert wurde, und sei es nur zur Tarnung ganz anderer Absichten.

In Westeuropa kann Sozialismus nur konsequente Fortentwicklung von parlamentarischer Demokratie sein. In Entwicklungsländern ist dieser Weg nur selten und dann mit geringem Erfolg beschritten worden. Der ernsthafteste, dramatischste Versuch wurde in Chile unternommen, in einem Land, das europäischen Traditionen, europäischer Demokratie näher steht als irgendein Land in Asien, Afrika oder Lateinamerika.

Wer Salvador Allende persönlich begegnet ist, weiß, daß er entschlossen war, lieber sei eigenes Leben zu riskieren, als von dem demokratischen Weg abzugehen, für den sich die Linke entschieden hatte. Man konnte zweifeln an der Effizienz des Verwaltungsapparats, an der Klugheit der einen oder anderen Maßnahme, man konnte nicht zweifeln am Willen zu einer Demokratie, die Freiheit und Würde aller Bürger, auch der politischen Gegner respektiert. Im Grunde hat daran auch der christdemokratische Gegenspieler Frey nicht gezweifelt. Wer innerhalb von wenigen Wochen mit Allende und Frey zu tun hatte, konnte mehr Verbindendes als Trennendes feststellen.

Die Kräfte innerhalb und vor allem außerhalb Chiles, die Allende auf dem Gewissen haben, müssen gewußt haben, was sie taten: sie haben für viele in der Dritten Welt den Beweis erbracht, daß es den demokratischen Weg zum Sozialismus und damit zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht geben könne. Sie haben das westliche Demokratiemodell mehr diskreditiert, als es der sowjetischen Propaganda in diesen Ländern je gelungen ist. Der Putsch in Chile war eine Niederlage - vielleicht die entscheidende - für die Form der Demokratie, die von Westeuropa auf die südlichen Kontinente ausstrahlen sollte.

Was auf Allende folgte, war die nackte Militärdiktatur mit faschistischen Zügen. Es ging in Chile nicht, wie auch bei uns einige Politiker und Zeitungen suggerieren wollten, um Freiheit statt Sozialismus. Freiheit und Sozialismus wurden zusammen ausgerottet. Deshalb war der Putsch der Generäle eine Entmutigung für alle, die gehofft hatten, auch Entwicklungsländer hätten mehr Wahlmöglichkeiten als nur die zwischen Diktaturen von rechts oder von links.

(-78.9.1978/hj/hgs)

Differenzierte Hilfe ist bessere Hilfe

Sozialistische EP-Fraktion will Menschenrechte in Lomé-Abkommen einbeziehen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das derzeitige Abkommen von Lomé, in dem zur Zeit 54 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik mit den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verbunden sind, läuft am 1. März 1980 ab. In Artikel 91 des Abkommens heißt es, daß eineinhalb Jahre vor dem genannten Termin "die Vertragsparteien in Verhandlungen eintreten, um die Bestimmungen zu überprüfen, die in der Frage für die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten einerseits und den AKP-Staaten andererseits gelten werden".

Bei ihrer Studientagung in Konstanz haben die 66 Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments unter anderem auch über die Verhandlungen zur Erneuerung des Abkommens nachgedacht und diskutiert. Es war gut, daß der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Klaus von Dohnanyi in Konstanz dabei war und auch zum Lomé-Abkommen einige Bemerkungen machte. Nicht zuletzt war seine Anwesenheit deshalb von Wichtigkeit, weil der Beginn der Neuverhandlungen in die Zeit fällt, in der die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Ministerrat führt, von Dohnanyi berichtete, daß die Neuverhandlungen in diesen Tagen in Brüssel aufgenommen worden sind. Es sei vorgesehen, zügig voranzukommen, damit noch im Dezember, also während der deutschen Präsidentschaft, ein Treffen der zuständigen Minister stattfinden kann. Nach Dohnanyis Ansicht hat die Eröffnungsverhandlung am 24. Juli gezeigt, daß trotz aller verständlicher Gegensätzlichkeiten der Ausgangspositionen in den Verhandlungen beiderseits das bisher Erreichte als großer Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden kann und man darauf aufbauen will.

Im Europäischen Parlament wird das Lomé-Abkommen eine große Rolle spielen. Das war in Konstanz zu spüren. Der Berichterstatter des Parlaments ist der niederländische sozialdemokratische Abgeordnete Jan Broeksz. Sein Berichtsentwurf liegt vor und einige seiner Feststellungen sind so interessant und wichtig, daß man sich in den nächsten Wochen ernsthaft mit den Vorstellungen von Jan Broeksz befassen muß. Das neue Abkommen sollte in höherem Maße als das derzeitige auf einigen klaren Grundsätzen beruhen. Dies bedeutet, so Broeksz, daß die Unterstützung der EG vor allem den ärmsten Ländern zukommen soll und daß man sich vergewissern muß, daß die in Frage kommenden Länder eine Politik verfolgen, die es ermöglicht, diese Unterstützung auch wirklich dem bedürftigsten Teil der Bevölkerung zugute kommen zu lassen.

Die Sozialisten wiesen darauf hin, daß das Risiko, zuviel von der Entwicklungshilfe der EG der ohnehin schon privilegierten Oberschicht der Bevölkerung in einigen AKP-Ländern angedeihen zu lassen, künftig vermieden werden müsse. Die Europäische Gemeinschaft sollte darauf achten, daß bestimmte führende Bevölkerungsschichten nicht bevorteilt würden. Dies könne dadurch geschehen, daß in erster Linie die Länder unterstützt werden, deren Politik auf die Verringerung der Einkommensunterschiede ausgerichtet ist.

Im allgemeinen bedeutet dies, daß die ärmsten Länder vorrangig viel finanzielle und technische Unterstützung für die Landwirtschaft, für den Aufbau einer guten Grundschul-

systems, für eine gutfunktionierende Krankheitsvorsorge, eine gute Wasserversorgung und eine gerechte Wohnungspolitik erhalten müßten. Länder, die bereits in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium sind, sollten mehr Unterstützung auf dem Gebiet der Industrialisierung und der Exportförderung erhalten.

In dem Dokument von Jan Bróeksz nehmen besonders die Fragen der Menschenrechte einen breiten Raum ein. Natürlich sei der Begriff "Menschenrechte" dehnbar und was in einem Land als völlig normal gelte, werde die Bewohner eines anderen Landes mit Abscheu erfüllen. Trotzdem wollen die Sozialisten dieses Mal das Thema Menschenrechte nicht mehr ausklammern. Bróeksz weist darauf hin, daß das Abkommen von Lohmé in erster Linie zwar ein Wirtschaftsvertrag sei und es dürfe im allgemeinen außer in besonderen Fällen nicht Zweck eines solchen Vertrages sein, den Empfängerländern durch wirtschaftliche Repressalien bestimmte rechtliche und moralische Auffassungen aufzudrängen. Andererseits sind aber gewisse Menschenrechtsverletzungen so abstoßend und schändlich, daß sie in keinem Land und unter keinen Umständen toleriert werden können.

Dies gelte für bestimmte offenkundige Verstöße gegen die "allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen zählen politischer Mord, oder das sogenannte Verschwindenlassen politischer Gegner, Folterungen und sehr lange Inhaftierungen von Personen ohne Prozeß. Bei dem Abkommen von Lohmé II wollen die Sozialisten, daß schon in der Präambel auf die Menschenrechtsfrage hingewiesen wird. Natürlich muß ein solcher Hinweis sehr genau und sorgfältig formuliert werden, damit deutlich wird, daß nur in den genannten Fällen Anlaß zu Sanktionen besteht. Es darf jedoch, und das wurde auch in Konstanz klar, kein Interesse daran aufkommen, daß die diesbezüglichen Bestimmungen sowohl für die EG als auch für die AKP-Staaten gelten. Solche Situationen werden dann den Bruchteil einer unabhängigen Institution, wie beispielsweise dem AKP-EG-Rat unterworfen, der durch Mehrheit entscheiden muß.

Die Diskussionen sind wie gesagt im Gange. Die Verhandlungen haben begonnen und man hofft, daß sie bis zum Mai 1979 abgeschlossen sein können. Auf jeden Fall werden die vorliegenden Fragen, natürlich neben vielen anderen, die in dem Abkommen zu berücksichtigen sind, eine wesentliche Rolle spielen. In der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments ist die Diskussion aufgenommen worden. Staatsminister von Dohnányi wird bei nächster Gelegenheit mit seinen sozialdemokratischen Freunden aus den neun EG-Ländern einen weiteren Meinungsaustausch haben. Es bleibt zu hoffen, daß in weitgehender Übereinstimmung die Vorstellungen, die die europäischen Sozialdemokraten erörtert haben, auch in die Vertragsverhandlungen voll inhaltlich miteingebracht werden können.

(-/8.9.1978/vc-he/hgs)

Offiziere in die zivilen Behörden ?

Zu den Vorschlägen der Opposition zum Abbau des Beförderungsstaus bei der Bundeswehr

Von Paul Neumann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Unsere Bundeswehr drückt bekanntlich das Problem des Beförderung- und Verwendungsstaus. Die Altersstruktur versperrt mehr als 1 000 Offizieren den sonst üblichen Weg durch die berufliche Laufbahn. Lange Wartezeiten und Unzufriedenheit bei den Betroffenen sind die Folge.

Während Minister Apel das Problem zwar sieht, bisher aber keine praktikable Lösung gefunden hat, glaubt die Opposition durch den Kollegen de Terra nun eine Lösung präsentieren zu können: Kollege de Terra schlägt vor, etwa 500 der vom Verwendungsstau betroffenen Offiziere an die Länder abzugeben und dort die Positionen einnehmen zu lassen, die sich bei den Bezirksregierungen, Landkreisen und Städten mit Maßnahmen der Vorsorge für den Verteidigungsfall zu befassen haben. Damit sei sowohl dem Bund als auch den Ländern gedient, bei denen diese Aufgaben bisher ohnehin vernachlässigt würden.

Diese Idee der Opposition liest sich auf Anhieb bestechend; bei genauerem Hinsehen aber stößt sich so manches im Raume: Wer das Zusammenspiel der Verwaltungen von Bund und Ländern gerade in Personalien kennt, der weiß, wie schwierig schon Einzelfälle zu regeln sind, in denen ein Bediensteter die Bund-Länder-Grenze überschreiten will. Die Verpflanzung ganzer Hundertschaften von Offizieren des Bundes in den Beamtenapparat der Länder und Kommunen erscheint vor diesen Erfahrungen geradezu als Illusion. Würde sich nicht schon vor der Auswahl der 500 Offiziere ein Berg von Schwierigkeiten auftürmen? Würde der Bund bereit sein, die 500 besten Offiziere an die Länder abzugeben? Würden die Länder nicht befürchten müssen, von der Überzahl eben nicht nur die besten zu bekommen?

Der Haken steckt aber vor allem in dem Vorschlag de Terras, das Bundesministerium der Verteidigung müsse bereit sein, die Personalkosten für diese "ausgeliehenen" Offiziere weiter zu tragen, also neue Planstellen zu schaffen. Für den Bund würde sich diese Lösung damit als die wohl teuerste aller denkbaren darstellen. Der Bund müßte die 500 Offiziere weiter bezahlen, ohne dieses Personal für sich einsetzen zu können. So etwas dürfte mit den Haushaltsgrundsätzen des Bundes unvereinbar und beim Haushaltsausschuß des Bundestages schwerlich verkaufbar sein. Wesentlich billiger wäre es dann schon, die Offiziere zu behalten und durch Änderungen in der Struktur und im Stellenkegel Abhilfe zu suchen.

(-/ 8.9.1978/ hi/hgs)

Kampf dem Analphabetentum

Die IPU würdigt den "International Literacy Day" 1978

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Die Interparlamentarische Union befaßt sich heute mit einer Resolution zum Kampf gegen das Analphabetentum in der Welt und sie würdigt damit den International Literacy Day der Vereinten Nationen. Anlässlich der Frühjahrskonferenz der IPU in Portugal wurde festgestellt, daß die allgemein bekannte Zahl von 800 Millionen Analphabeten keineswegs, wie gelegentlich gemeint wird, in leichtfertiger Schätzung zu hoch gegriffen ist, sondern daß die absolute Zahl der Analphabeten in den Ländern der Dritten Welt sogar ansteigt. Die Analphabeten-Statistik der UNESCO gab für das Jahr 1950 rund 700 Millionen Analphabeten im Alter von 15 Jahren und älter an; das waren damals 44,3 Prozent der gesamten Erdbevölkerung. Für 1970 gibt die UNESCO 783 Millionen an; das sind zwar nur noch 34,2 Prozent der gesamten Weltbevölkerung, aber eben doch 83 Millionen mehr. Und bei der UNESCO-Prognose von rund 820 Millionen Analphabeten für 1980 sind es zwar nur noch 29 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber weitere 37 Millionen Analphabeten mehr als 1970. Diese Zahlen zeigen: Infolge des Bevölkerungswachstums in den Ländern der Dritten Welt steigt auch die Zahl der Analphabeten, und alle bisherigen Bemühungen haben lediglich erreicht, daß die absolute Zahl derer, die lesen und schreiben können, schneller steigt.

Man muß sich bei diesen Zahlen darüber im klaren sein, daß es sich um Minimalzahlen handelt, die mit Hilfe einer relativ großzügigen Definition des "Alphabeten" gewonnen wurden. Ginge man von einem strengeren Begriff aus, der über das bloße Lesen- und Schreibkönnen hinaus die erfolgreiche Anwendung dieser Fähigkeiten im täglichen Leben, d.h. in Beruf und Freizeit, umfaßt, so lägen die Zahlen sicherlich höher. Nur als letztes Detail weise ich noch darauf hin, daß auch die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die keine Schule besuchen können, nicht sinken wird, sondern bis 1985 von gegenwärtig 121 Millionen auf 130 Millionen steigen wird.

Nun bekenne ich offen, daß es für einen Parlamentarier eines Industriestaates, in dem es die herkömmlichen Formen des Analphabetismus nicht mehr gibt, aber auch für die Bevölkerung dieses Landes nicht ganz leicht ist, dieses Problem stets in seiner ganzen Schwere zu empfinden. Aus gutem Grund ist deshalb der International Literacy Day in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland weit weniger publik als in den meisten Ländern der Dritten Welt. Ich begrüße es daher, daß im mittelfristigen Programm der UNESCO für den Zeitraum 1977 bis 1982 auch ein Projekt enthalten ist, das die Verbesserung des Verständnisses des Problems des Analphabetentums, z.B. durch umfassendere Berichterstattung in den Massenmedien zum Ziel hat.

Ich halte es aus diesen Gründen für unbedingt erforderlich, in einem Land wie dem unseren das Interesse für das Problem des Analphabetentums neu zu wecken, und ich sehe eine Möglichkeit, dies erfolgreich dadurch zu tun, daß wir die Bürger dieses Landes auf zwei wesentliche politische Bereiche hinweisen, die mit der Frage des Analphabetentums verknüpft sind.

Ich meine erstens das Sprachproblem unserer Gastarbeiter und zweitens die Diskussion über den Nord-Süd-Konflikt.

Zum ersten: Sehr viele Bürger unseres Landes kommen täglich - vor allem an ihrem

Arbeitsplatz, oder etwa beim Sport auch im privaten Bereich - mit Gastarbeitern aus den südlichen Ländern Europas in Berührung und erleben dabei, welche Schwierigkeiten diesen Kollegen aus der unzureichenden Beherrschung der deutschen Sprache entstehen - Schwierigkeiten, die manchmal sogar die berufliche Tätigkeit beeinträchtigen, in fast jedem Fall aber ein kaum überwindbares Hindernis für die soziale Integration darstellen. Unser Bewußtsein für das Gewicht dieses Problems ist vielleicht am schnellsten dadurch gewachsen, daß es bei der schulischen Betreuung der Gastarbeiterkinder sehr massiert auftritt. Zahlreiche Bemühungen werden in der Bundesrepublik Deutschland angestellt, wenigstens den Kindern der Gastarbeiter die sprachlichen Voraussetzungen für die berufliche und soziale Integration zu verschaffen. Die Erfolge in einer Reihe von Modellversuchen sind gut, aber quantitativ ist das Problem noch lange nicht gelöst. Hier muß, meine ich, die öffentliche Behandlung der Analphabetenfrage anknüpfen.

Sie kann zweitens anknüpfen an der Diskussion über den Nord-Süd-Konflikt, indem sie der Bevölkerung unseres Landes aufzeigt, wie Ursachen und Folgen des Analphabetentums eine weltweite Dimension annehmen, d.h. Analphabetismus ist Zeichen und Folge von Unterentwicklung oder auch ungleicher Entwicklung (Vernachlässigung von Stadtrandgebieten und ländlichen Regionen). Das wirtschaftliche Wachstum in den Staaten der Dritten Welt nach dem Ende der Kolonialzeit war nicht mit einer gleichmäßigen Verteilung dieses Wachstums verbunden. Die ländlichen Gebiete, oft auch die Gebiete am Rande der Städte, blieben vernachlässigt, wirtschaftlich und verkehrsmäßig und sie waren sprachlich und erzieherisch isoliert. Wer sich auch nur ein wenig mit Fragen der Sozialstruktur in Ländern der Dritten Welt befaßt hat, weiß von der aus dieser Isolierung resultierenden Apathie, jener Kultur des Schweigens, die Paulo Freire so eindringlich schildert. Der Analphabetismus dieser Bevölkerungsgruppen stellt zugleich eine Verweigerung des Rechts auf Bildung dar, eine Verweigerung eines Erziehungsprozesses, der zu persönlicher Entfaltung und zu einem menschenwürdigen Leben beitragen soll.

Dies nun - die sozialen Spannungen und die kulturellen Benachteiligungen der analphabetischen Bevölkerungsgruppen - stellt für das Bewußtsein der Bürger der Bundesrepublik einen massiven Stein des Anstoßes dar, und deshalb scheint es mir möglich und erfolgversprechend, auch von hier aus die Diskussion über das Analphabetentum anzugehen.

So viel zum Verhältnis der Bürger der Bundesrepublik zu unserem Thema. Die wirklichen Feldzüge gegen das Analphabetentum finden nun allerdings nicht in der Bundesrepublik Deutschland statt, sondern in den betroffenen Ländern selber, und da gilt ein fundamentaler Grundsatz: Lösen müssen dieses Problem die Länder der Dritten Welt selber, allerdings mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Dies muß aus mindestens zwei Gründen so sein: Wenn die dem Analphabetismus unlösbar verbundene Ungleichheit nicht nur ein wirtschaftliches, sondern mehr noch ein soziales und politisches Problem ist, kann sie und eben der Analphabetismus im Kern nur von den betroffenen Ländern selbst angegangen werden. Und zweitens müssen die Bemühungen auf diesem Feld in ihren Inhalten, Methoden und Unterrichtsmitteln den spezifischen Bedingungen, der kulturellen Situation des jeweiligen Volkes angepaßt sein. Ich erinnere dazu an die Ausführungen, die der Generaldirektor der UNESCO zum Weltbildungstag am 8. November 1977 gemacht hat.

Was nun die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angeht, wie steht es da mit dem Beitrag der Bundesrepublik? Ich stimme mit der Bundesregierung überein, im Verständnis dessen, was unter Analphabetisierung zu verstehen ist. In ihrem Grundsatz

programm zur Bildungs- und Wirtschaftshilfe aus dem Jahre 1972 spricht die Bundesregierung nicht von Alphabetisierung, sondern von "funktionaler Grunderziehung". In dieser Strategie stimmt die Bundesrepublik mit den bedeutendsten bi- und multilateralen Gebern überein. Grunderziehung ist umfassender als Alphabetisierung. Es geht nicht nur um Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern um konkrete Kenntnisse und Fertigkeiten, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, eine Familie zu ernähren und einen Haushalt zu führen, um ein Grundverständnis elementarer Naturvorgänge als Voraussetzung für Hygiene, Gesundheitsvorsorge, Ernährung, Ackerbau, Viehzucht und Vorratswirtschaft und um die Fähigkeit, am öffentlichen Leben teilzunehmen und seine Grundlagen in etwa zu verstehen. Dazu kommt jener Prozeß der Bewußtseinsbildung, der den Menschen zu kritischer Reflexion anleitet, ihn anspornt, sich seine Welt zu gestalten und sich aktiv am Entwicklungsprozeß zu beteiligen.

Dieser Konzeption widerspricht nicht, daß etwa die UNESCO das Problem des Analphabetismus in den größeren Kontext von Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit stellt.

Ich möchte abschließend aus einem noch taufrischen Papier der Deutschen UNESCO-Kommission einige Anregungen aufnehmen, die ich als Parlamentarier zugleich als Fragen an die Regierung dieses Landes richte:

- Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland durch ihre zahlreichen Organisationen, die auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit tätig sind (politische Stiftungen, Kirchen, Deutscher Entwicklungsdienst), einen bedeutenden Beitrag auf dem Gebiet der Alphabetisierung leistet, daß aber der staatliche Beitrag im Rahmen der technischen Hilfe über die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit demgegenüber gering ist?
- Trifft es zu, daß Entwicklungsländer dazu tendieren, sich mit entsprechenden Anträgen eher an multilaterale Geber oder an die skandinavischen Länder zu wenden?
- Könnte die Zusammenarbeit mit der UNESCO die Arbeit der Bundesrepublik im Bereich der Alphabetisierung erleichtern?
- Sollte der früher einmal vorgetragene Wunsch des Iran, die Bundesrepublik möge Mitglied im Governing Board des International Institute for Adult Literacy Methods in Teheran werden, auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten neu geprüft werden?
- Sollte sich das Industrieland Bundesrepublik Deutschland am Aufbau zentraler Lehrmittelzentren für den Bereich der außerschulischen funktionalen Grunderziehung beteiligen, die z.B. in Sambia und Tansania geplant werden? Wäre gerade dies ein beachtlicher Beitrag zur Selbsthilfe?

Eine sachlich befriedigende Antwort der Bundesregierung auf diese Fragen könnte insofern auch als eine ernsthafte Würdigung des International Literacy Days verstanden werden.
(-/8.9.1978/vo-he/hgs)